

Burkaverbot hat im Ständerat einen schweren Stand

Das Stöckli wird voraussichtlich Endstation für den Vorstoss von SVP-Nationalrat Walter Wobmann sein

Nach dem Ja des Nationalrats für ein Verhüllungsverbot ist die kleine Kammer am Zug. Die Ständeräte wollen die Debatte über einen Gesetzesartikel aber lieber später führen.

SIMON HEHLI

Knapper hätte der Entscheid nicht sein können: Mit nur einer Stimme Differenz sprach sich der Nationalrat am Dienstag überraschend für ein Burkaverbot aus. Das Schicksal der parlamentarischen Initiative von SVP-Nationalrat Walter Wobmann liegt nun in den Händen der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerates. Stimmt diese dem Vorstoss zu, ermöglicht sie damit der Kommission des Nationalrates, einen Entwurf auszuarbeiten. Auf den ersten Blick sind die Chancen für eine solche Entwicklung minimal: Im Januar hatten sich die Ständeräte gleich mit 10 zu 1 Stimme gegen die Initiative ausgesprochen. Doch seither ist Bewegung in die Burkadebatte gekommen. Einzelne freisinnige Politiker, unter ihnen auch FDP-Präsidentin Petra Gössi, signalisierten Sympathien für ein Verhüllungsverbot, sofern dieses nicht die Verfassung verunstaltet, sondern auf Gesetzesstufe umgesetzt wird. Entsprechend verhalf eine Minderheit der FDP-Fraktion Wobmanns Vorstoss zum Durchbruch.

Wobmann schlägt zwar eine Verfassungsänderung vor, doch laut den Parlamentsdiensten wäre die Nationalratskommission bei der Ausarbeitung eines Entwurfs nicht an den Wortlaut des Vorstosses gebunden. Das heisst konkret: Wenn sie zum Schluss kommt, dass für das Anliegen bereits eine verfassungsrechtliche Grundlage besteht, kann sie auch eine Umsetzung auf Gesetzesstufe ausarbeiten. Diese Aussicht könnte wiederum einige Ständeräte dazu bewegen, ihre Meinung zu ändern. Zumindest ist das die Hoffnung von CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Denn bei einem Burkaverbot auf Gesetzesstufe gäbe es nicht zwingend eine Volksabstimmung. «Wir könnten eine wüste Debatte wie beim Minarettverbot vermeiden», sagt Humbel. Wobmanns «Egerkinger Komitee» hat signalisiert, dass es unter



Für die meisten Ständeräte hat sich in der Diskussion um das Verbot der vollständigen Verschleierung nichts geändert. KEYSTONE

Umständen bereit wäre, auch die Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot zurückzuziehen, für die derzeit die Unterschriftensammlung läuft.

«Nicht bereit für Kapitulation»

CVP und FDP stellen zusammen mit der SVP-Delegation 10 der 13 Mitglieder der ständerätlichen SPK, die bürgerlichen Parteien hätten es also in der Hand, auf eine Gesetzeslösung hinzuwirken. «Das wäre wenigstens stufengerecht», sagt der Solothurner CVP-Ständerat Pirmin Bischof, der sich für eine entsprechende Diskussion offen zeigt. Skeptischer ist sein Bündner Parteikollege Stefan Engler. Seiner Meinung nach hat sich an der Ausgangslage durch den Entscheid des Nationalrats nichts geändert. «Ich sehe keine Indizien dafür, dass der Ständerat jetzt um-

schwenken könnte.» Er persönlich vertrete weiterhin die Haltung, dass ein Burkaverbot unverhältnismässig sei für eine freiheitliche Gesellschaft.

Ähnlich klingt es bei den freisinnigen Ständeräten. So deklarieren der Tessiner Fabio Abate und der Appenzeller Andrea Caroni, dass sie ebenfalls beim Nein bleiben. Laut Caroni ist ein Verhüllungsverbot – wenn überhaupt – Sache der Kantone. Die Sicherheitsargumente hält er für vorgeschoben: «Wenn jemand in der Schweiz einen Anschlag machen will, zieht er doch keine Burka an – auffälliger ginge es ja nicht –, sondern Jeans, Mantel und Sonnenbrille.» Zudem sei es heute schon strafrechtlich verboten, eine Frau zu einer bestimmten Kleidung zu zwingen, sei es eine Araberin unter der Burka oder eine Thailänderin in Hotpants, sagt Caroni. Mit dem pragmatischen Argument für

eine Gesetzeslösung kann er wenig anfangen: «Ich bin nicht bereit zur Kapitulation – wenn ich etwas derart falsch finde, gehe ich lieber aufrecht in einen Abstimmungskampf und erkläre meine Position den Stimmbürgern.»

Die Frage wird lediglich vertagt

Die Zeichen deuten also daraufhin, dass für den Vorstoss von Walter Wobmann im Ständerat Endstation sein wird. Damit wäre die Frage eines Burkaverbots auf Gesetzesstufe aber lediglich vertagt: Wenn sich das Parlament voraussichtlich ab 2018 mit der Volksinitiative des «Egerkinger Komitees» auseinandersetzen hat, wird die Option eines indirekten Gegenvorschlags wieder auf Tapet kommen. «Diese Diskussion können wir dann in aller Gründlichkeit noch führen», sagt FDP-Mann Abate.

Schweizer und Briten wollen kooperieren

Gemeinsame Parlamentariergruppe

flj. Bern · «Der Brexit kann für die Schweiz eine Chance sein.» Das sagte FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann am Mittwoch vor den Medien anlässlich der Präsentation der von ihm ins Leben gerufenen, neu gegründeten interparlamentarischen Freundschaftsgruppe mit dem Namen «UK-Swiss Friendship Association». Primäres Ziel der Gruppe sei es, die Beziehungen zu Grossbritannien für die Zeit nach dem Brexit nahtlos zu gewährleisten, sagte FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter, die zusammen mit Portmann, CVP-Ständerat Konrad Graber sowie SVP-Nationalrat und Gewerbeverbandspräsident Jean-François Rime zu den Gründungsmitgliedern der Gruppe auf Schweizer Seite gehört.

Natürlich gebe es auch Gespräche auf Regierungsebene, so Portmann. Doch der Vorteil solcher informellen Gruppen sei, dass man Themen offener ansprechen könne. Man wolle die «gemeinsamen Chancen im bilateralen Verhältnis beider Länder zur EU erkennen und auf ein koordiniertes Vorgehen» hinwirken. Überdies sollen die Möglichkeiten zum Ausbau gemeinsamer Handelsbeziehungen, etwa auf den Finanzplätzen, ausgelotet werden. Für die Briten gehe es auch um einen Erfahrungsaustausch bezüglich bilateraler Verhandlungen, Freihandelsabkommen und der Mitgliedschaft bei der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta).

Als gemeinsames Ziel ist in einer «Resolution of Understanding» neben dem «freien und fairen Handel» auch der «freie und faire Personenverkehr» zwischen europäischen Ländern aufgeführt, der Zahlen zum «Gleichgewicht» der gegenseitigen Migration enthalten soll. Portmann erklärte, dass damit eine Migrationsbilanz zwischen jeweils zwei Ländern innerhalb einer gewissen Bandbreite gemeint sein könne. Wie dieses «Gleichgewicht» aussehen könne, sei noch offen. Klar sei aber, dass die Schweiz allenfalls Interesse habe, bei einer Lösung mitzumachen, welche die Briten mit der EU aushandeln.

Auf britischer Seite begründen die Abgeordneten Peter Lilley und William Cash die Gruppe. Die Geschäftsführung übernimmt die britisch-schweizerische Handelskammer in Zürich. Beide Seiten wollen nun Aussenpolitiker zum aktiven Mitmachen ermuntern. Für Ende Oktober seien ein Treffen in London sowie ein Besuch beim britischen Handelsminister Liam Fox geplant.



Das Engagement dieser Zeitung ermöglichte dieses Inserat.



Schweizer Berghilfe
Aide Suisse aux Montagnards
Aiuto Svizzero ai Montanari
Agid Svizzer per la Muntogna

Die Schweizer Berghilfe verbessert die Existenzgrundlagen der Bergbevölkerung. Mit Ihrer Unterstützung realisieren wir Jahr für Jahr Hunderte von Projekten, damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunft haben.

Jede Unterstützung zählt:
PC-Konto 80-32443-2 oder
www.berghilfe.ch